

Ausschreibung zum 17. Bremer Solidaritätspreis

Der Bremer Solidaritätspreis wird alle zwei Jahre vom Senat der Freien Hansestadt Bremen verliehen. Er ist mit 10.000 € dotiert und soll Personen und Initiativen ermutigen und würdigen, die sich für Menschenrechte und Demokratie sowie gegen die Folgen von Kolonialismus und Rassismus einsetzen. Im Jahr 2021 soll mit dem Solidaritätspreis zivilgesellschaftliches Engagement besonders auf folgendem Gebiet gewürdigt werden:

Gewalt an Frauen und Mädchen ist ein gravierendes globales Problem, das keine geografischen oder kulturellen Grenzen kennt. Sie ist eine der am weitesten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und ein Haupthindernis für Entwicklung, mit Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche.

Die Thematik ist zwar in den letzten Jahren stärker in das internationale öffentliche Bewusstsein gelangt, da vor allem Frauen aus allen Altersgruppen, Gesellschaftsschichten und auf verschiedenen Kontinenten ihren Protest laut und hörbar auf die Straße tragen. Doch tatsächlich hat sich die Situation für Frauen und Mädchen nicht wesentlich verbessert, denn traditionelle Rollenbilder dominieren nach wie vor alle Gesellschaften. Internationale Menschenrechtskonventionen und Resolutionen (UN-Frauenrechtskonvention CEDAW, UN-Resolution 1325/2000, Istanbul-Konvention des Europarates, Ziel 5.2 der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen) verpflichten die Vertragsstaaten, alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung zu beseitigen. Doch die Durchsetzung der Menschenrechte für Frauen und Mädchen und selbst die Umsetzung bestehender Gesetze scheitert immer wieder an politischem und gesellschaftlichem Unwillen zum Handeln.

Frauen und Mädchen haben oftmals unter geschlechtsspezifischer Gewalt zu leiden. Diese kann verschiedene Ausprägungen haben, von psychischem Druck über körperliche oder sexualisierte Gewalt und Ausbeutung, bis hin zu weiblicher Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und Frauenhandel. Gewalt an Frauen und Mädchen findet überall statt. Der Kontext reicht dabei von häuslicher Gewalt im familiären Umfeld bis hin zu Kriegs-, Krisen- und Fluchtsituationen. Die Gründe für Gewalt an Frauen sind vielschichtig und liegen grundsätzlich in den patriarchalen Strukturen und den vorherrschenden Geschlechterrollenbildern begründet. Gewalt ist immer auch Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern.

Mit dem 17. Bremer Solidaritätspreis sollen daher zivilgesellschaftliche Initiativen, Dachverbände oder einzelne Personen ausgezeichnet werden, die sich in ihrem lokalen oder nationalen Umfeld gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einsetzen.

Gesucht werden Akteur*innen aus dem globalen Süden, die Gewalt an Frauen und Mädchen durch Prävention, Lobbyarbeit für verbesserte rechtliche oder politische Rahmenbedingungen oder durch Empowerment relevanter Akteur*innen bekämpfen oder sich konkret für betroffene Frauen und Mädchen vor Ort einsetzen.

Die Auszeichnung ist auch mit der Absicht verbunden, dass die so geschaffene Öffentlichkeit einen Beitrag zum Schutz der Preisträgerin bzw. des Preisträgers leisten kann.

Begründete Vorschläge für mögliche Preisträger*innen können bis zum **15. Juli 2020** an folgende Anschrift gesendet werden:

Geschäftsführung des Kuratoriums zum Bremer Solidaritätspreis
c/o Senatskanzlei Freie Hansestadt Bremen
z.Hd. Frau Silke Goethe
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen
E-Mail: silke.goethe@ez.bremen.de

Weitere Informationen zum Bremer Solidaritätspreis finden Sie unter:

www.rathaus.bremen.de/solidaritaetspreis